

## Pflegebranche in Sorge

### Hohe Lohnabschlüsse vergrößern die Refinanzierungslücke der Träger

**Es könnte eine heiße Tarifrunde werden. Die IG Metall hat für ihre Beschäftigten 6,5 Prozent mehr Lohn gefordert. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi will für die rund 1,3 Millionen Tarifbeschäftigten bei Bund und Kommunen in diesem Jahr eine „nachhaltige und spürbare Lohnerhöhung“ durchsetzen. Das könnte den wirtschaftlichen Druck auf viele Caritas-Einrichtungen verschärfen.**

Die Bild-Zeitung hat es schon erfragt: Am Ende könnten Lohnerhöhungen von drei Prozent rauskommen. Selbst Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte sich ja für Lohnerhöhungen oberhalb der Inflationsrate (derzeit 2,3 Prozent) ausgesprochen. Wenn es so kommt, freuen sich die Arbeitnehmer – und auch die Mitarbeiter der Caritas hoffen auf eine Gehaltserhöhung in vergleichbarer Höhe. Doch viele Träger fürchten, dass sich die Refinanzierungslücken in einigen Bereichen dramatisch verschärfen.

Denn die Krankenkassen dürfen – so verlangt es das Sozialgesetzbuch (§ 71 SGB V) – wegen der geforderten Beitragsstabilität ihre Gesamtkosten nicht mehr als um die amtlich festgestellte Grundlohnsummensteigerung erhöhen. Das bedeutet, dass bei Verhandlungen zwischen den Trägern von Pflegeeinrichtungen, die tarifgebunden sind, und den Krankenkassen diese „Obergrenze“

stets ein Streitpunkt ist, weil in den letzten Jahren die Tarifabschlüsse im Pflegebereich höher als die Grundlohnsummensteigerung waren. Selbst das Urteil des Bundessozialgerichts, wonach die Tarifkosten des jeweiligen Trägers anzuerkennen sind, wird bei Verhandlungen unter Verweis auf § 71 SGB V nicht weiter berücksichtigt.

So mancher schmeißt irgendwann das Handtuch: Es gibt bereits Träger von Pflegeeinrichtungen, die aufgrund der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Tarifkosten und Kostenerstattungen ihren Dienst geschlossen haben oder insolvent gingen. Das ist in Zeiten, in denen eine alternde Gesellschaft absehbar mehr Pflege benötigt, doppelt bitter.

„Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass der § 71 SGB V entsprechend geändert wird, um auch in Zukunft eine politisch gewollte Versorgungssicherheit in den Regionen zu erhalten“, schrieb daher beispielsweise Peter Wawrik, Vorstandsvorsitzender der Caritas im Kreis Soest, an Ministerin von der Leyen und legte nach.

Denn auch bei Städten und Gemeinden, die Aufgaben an Wohlfahrtsverbände delegiert haben, ist es eine beliebte Praxis, die Zuschüsse „einzufrieren“ oder zu deckeln, während die Tarifabschlüsse für die eigenen kommunalen Beschäftigten natürlich umgesetzt werden müssen. Wenn nun bei der neuen Tarifrunde entsprechende Tarifierhöhungen vereinbart werden, müsste diese Erhöhung im Rahmen der Refinanzierung auch für beauftragte Träger gelten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass tariftreue Wohlfahrtsverbände aufgrund

von Ausschreibungen oder „Deckelungen“ ihre eigenen Tarifsteigerungen nicht mehr auffangen oder refinanzieren können und sich aus Tätigkeitsbereichen, in denen Menschen beraten werden oder Ihnen geholfen wird, zurückziehen. „Wir bitten Sie“, schrieb Wawrik weiter an die Sozialministerin, „im Rahmen Ihres Bundesministeriums und in der Kommunikation mit Ihren Regierungskollegen diese beiden Sachverhalte zu berücksichtigen und zu verändern.“ ◀

M. Lahrmann

### Caritas-Beschäftigte fordern 6,5 Prozent mehr

Die Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes (ak.mas) fordert für die 500000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 6,5 Prozent Vergütungserhöhung auf alle Eurowerte, mindestens jedoch eine Erhöhung um 200 Euro. Für die Auszubildenden fordert die ak.mas eine Erhöhung um 100 Euro. Damit solle erreicht werden, dass der Wert der sozialen Arbeit nicht weiter absinke, hieß es in einer Presseerklärung. Zwischen 2000 und 2010 seien die Realeinkommen der Beschäftigten der Caritas um 8,5 Prozent gesunken. Diesen Wertverfall der sozialen Arbeit gelte es zu stoppen. Von der Dienstgeberseite liegt bislang keine Äußerung vor. ◀

M. L.

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



# Regionale Versorgung sichern

## Krankenhäuser warnen vor zu starren Strukturen im Krankenhausplan

**Vor zu engen Strukturvorgaben im neuen Krankenhausplan für NRW haben die katholischen Krankenhäuser im Bistum Aachen gewarnt. Gerade kleine Krankenhäuser könnten leicht in existenzielle Bedrängnis kommen, so die Befürchtung, die bei einem Gespräch des Vorstandes der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft (DiAG) Katholische Krankenhäuser im Bistum Aachen mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Norbert Post zur Sprache kam.**

„Die Menschen kommen zu uns, weil sie in ‚ihr‘ Krankenhaus in ihrem Stadtteil wollen. Das kennen sie, und sie wissen um die gute Qualität der Behandlung“, sagte der DiAG-Vorsitzende Elmar Wagenbach. Post, der stellv. Vorsitzender im Gesundheitsausschuss des Landtags ist, versprach, die Themen der Gesprächsrunde mitzunehmen und in seine politische Arbeit einzubeziehen. Große Veränderungen in der Krankenhausversorgung sind dem demografischen Wandel geschuldet. Die immer älter werdende Bevölkerung braucht eine qualitativ hochwertige Versorgung, bei der eine ganzheitliche Therapie und Pflege im Blick sind. Das soziale Umfeld des Patienten ist mit einzubeziehen, und gerade die Nachsorge muss im vertrauten Umfeld sichergestellt sein.

Diesem Anspruch, den auch NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) postuliert, widersprechen nach Ansicht der katholischen Krankenhäuser die Bildung von überregionalen Zentren und die Festlegung von starren Strukturstandards. Die

katholischen Krankenhäuser stellen sich aktiv dem demografisch geforderten Veränderungsprozess. Sie halten es dabei aber für unbedingt notwendig, dies in den gewachsenen Strukturen zu tun. Als unzumutbar sieht die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser die Bestrebungen der Krankenkassen, Selektivverträge abschließen zu wollen, die mit Abpreisungen von 10 bis 20 Prozent verbunden sind. „Wie hier Qualität gesichert werden soll, ist mehr als fraglich“, kritisierte Wagenbach. Er forderte langfristige Planungssicherheit, da die Krankenhäuser große Arbeitgeber und wichtiger Wirtschaftsfaktor vor Ort sind. ◀

*DiAG Kath. Krankenhäuser im Bistum Aachen diskutierte mit dem Landtagsabgeordneten Norbert Post (CDU): Elmar Wagenbach, Norbert Post, MdL, Michael Braun, Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders, DiAG-Geschäftsführerin Elke Held, Dr. Michael Behnke und Thomas Hupperts (v. l. n. r.).*



# Praxisgebühr abschaffen

## Caritas ruft zur Beteiligung am Zukunftsdialo g im Internet auf

**Mit Forderungen der Caritas-Kampagne „Armut macht krank“ engagiert sich der Deutsche Caritasverband beim Zukunftsdialo g, den Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor einigen Wochen im Internet gestartet hat.**

„Wir fordern die Abschaffung der Praxisgebühr für arme Menschen, weil die Erfahrung zeigt, dass notwendige Arztbesuche deswegen aufgeschoben oder vermieden werden. Und wir brauchen dringend einen angemessenen Zugang zu unserem Gesundheitssystem für Flüchtlinge und Asylbewerber, die teilweise schon seit Jahren in Deutschland leben“, macht Caritas-

Präsident Peter Neher deutlich. Die offene Form des Dialogs ermögliche es jedem Bürger, sich aktiv mit seinen Ideen und Vorstellungen für ein soziales und gerechtes Deutschland zu beteiligen. „Der Deutsche Caritasverband beteiligt sich seit vielen Jahren engagiert an Gesetzgebungsverfahren und sozialpolitischen Diskussionen in Deutschland. Zusätzlich solch neue Formen der Bürgerbeteiligung zu nutzen, um eigene Positionen auch in diesem Umfeld vorzustellen, ist für die Caritas attraktiv“, so Neher.

So seien auch die mehr als 500000 Mitarbeitenden und die vielen ehrenamtlich und freiwillig Engagierten in der Caritas eingeladen, sich mit ihrer Kompetenz und ihren Erfahrungen aus der täglichen Arbeit an diesem Prozess zu beteiligen. „Wir hoffen, dass unsere Forderungen von der Bevölkerung zustimmend wahrgenommen werden,

und wir freuen uns, wenn Mitarbeitende der Caritas sich an dieser transparenten und innovativen Form des Gesprächs zwischen Regierung und Bürgern beteiligen wollen.“ **Hinweis:** Den Link zur Caritas-Forderung finden Sie unter [www.caritas-nrw.de](http://www.caritas-nrw.de). ◀

**Partizipation und die Beteiligung von Betroffenen - das ist das Schwerpunkt-Thema der nächsten Ausgabe der Zeitschrift Caritas in NRW. Erscheint Anfang April.**

## Impressum

### Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,  
E-Mail: [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de),  
Web: [www.caritas-nrw.de](http://www.caritas-nrw.de)

### Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,  
Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

### Chefredakteur: Markus Lahrmann

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: [vertrieb@caritas-nrw.de](mailto:vertrieb@caritas-nrw.de)

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH  
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:  
[karl.wegener@bonifatius.de](mailto:karl.wegener@bonifatius.de)

ISSN 1611-3527

## Energiekosten-Zuschuss

**Lüdenscheid** – Immer mehr Menschen wenden sich an die Caritas, weil sie nicht in der Lage sind, ihre Strom- und Heizkostenabrechnung zu bezahlen. „Dabei handelt es sich nicht nur um Hartz-IV-Empfänger. Der Kreis der Hilfesuchenden erstreckt sich auch auf Familien mit geringem Einkommen sowie ältere Menschen“, sagt Hans-Werner Wolff, Direktor der Caritas Altena-Lüdenscheid. „Spenden Sie Wärme und Licht“, heißt da eine Aktion des Caritasverbandes im Märkischen Sauerland. Mit Hilfe der Spenden übernimmt die Caritas bei Bedarf einen Teil der Energiekostennachzahlung. „Wir helfen damit Menschen konkret, weil eine Ratenzahlung von den Energieversorgern oft erst nach einer Teilzahlung anerkannt wird“, so Wolff. Unterstützt wird die Aktion von den Gemeinden und Pfarreien. In den vergangenen drei Jahren wurden rund 29.000 Euro eingenommen. 145 Einzelpersonen oder Familien konnten so mit

Beträgen zwischen 40 und 600 Euro unterstützt werden. ◀

## Arme Kinder im Ruhrgebiet

**Berlin** – Es klang nach einer Erfolgsmeldung: Die Zahl der Kinder, die von Hartz IV leben müssen, sinkt. Das teilte jüngst die Bundesagentur für Arbeit mit, und Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) sah darin den Beweis eines erfolgreichen Kampfes gegen Kinderarmut. Doch das gilt nicht flächendeckend: Nach einer Untersuchung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes liegt im Ruhrgebiet der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die von Hartz IV leben müssen, mit 25,6 Prozent sogar noch leicht über dem Wert für die ostdeutschen Länder. In Gelsenkirchen ist die Quote mit 34,4 Prozent noch höher als in Berlin. Und in Städten wie Mülheim an der Ruhr hat sich der Anteil der Hartz-IV-Kinder innerhalb von fünf Jahren sogar um fast 50 Prozent, in Hamm um gut 30 Prozent erhöht. ◀

## 20000 Winterschuhe für Arme

**Essen** – Rund 20000 Paar warme Winterschuhe im Wert von ca. 500.000 Euro verschenkt Europas größte Schuhhandelskette Deichmann-Schuhe an die Spätopfer der Kältewelle in Osteuropa. In Polen, Weißrussland, Rumänien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, der Tschechischen Republik, der Ukraine werden über die dortigen Caritasverbände in den nächsten Wochen neue Schuhe verteilt.

Vorausgegangen war jeweils eine Abfrage nach dem tatsächlichen Bedarf. Die Bilder über die „Kälte-Opfer“ in vielen Ländern und Anfragen von dort um Hilfe hatten diese Aktion ins Rollen gebracht. „Große Dankbarkeit und Freude herrschen bei Caritas-Verantwortlichen in den sieben Ländern, weil viele Arme durch den Winter völlig mittellos dastehen, ihre Schuhe ruiniert und die Vorräte in den Kleiderkammern völlig aufgebraucht sind“, so Katastrophenhelfer Rudi Löffelsend. ◀

# „Integration beginnt vor Ort“

## Caritas begrüßt neues Integrations- und Teilhabegesetz

**Die Caritas begrüßt in weiten Teilen das neue Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen. Zentrales Kernstück ist die Förderung von kommunalen Integrationszentren, die in allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten des Landes etabliert werden sollen.**

Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes stellt fest: „Allein die Existenz dieses Gesetzes unterstreicht die Bedeutung des gemeinsamen Auftrages von Kommunen, Verbänden und Migranten-Organisationen, Zuwanderer in NRW zu integrieren.“ Die Caritas im Ruhrbistum teile die Position, dass den Kommunen eine zentrale Rolle bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zukomme.

An 27 Standorten gibt es die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA). Diese sollen ausgebaut bzw. übergeleitet werden in die kommunalen Integrationszentren. Eine entsprechende Finanzierung ist vorgesehen. Neben Angeboten zur Verbesserung von Bildungschancen von

Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte soll ein großer Schwerpunkt die Koordination der örtlichen, auf Vielfalt und Integration angelegten Integrationsmaßnahmen und Aktivitäten aller Akteure sein.

Die Caritas bedauert allerdings, dass die Freie Wohlfahrtspflege in Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips im Gesetz nicht explizit genannt wird. Umso wichtiger sei es, dass die noch zu erarbeitenden Richtlinien entsprechende Hinweise und Vorgaben beinhalten, um eine positive Umsetzung des Gesetzes zu ermöglichen. Hier ist es ein Anliegen der Caritas, dass diese Abstimmung der örtlichen Integrationsaktivitäten auf Augenhöhe erfolgt und gute Praxis-Beispiele berücksichtigt werden.

Allein durch ihre Struktur ist die Caritas intern, aber auch mit anderen Wohlfahrtsverbänden und Institutionen gut vernetzt. Ein kooperatives Handeln ist in vielen Bereichen tägliche Praxis. Daher steht sie als ein erfahrener, kompetenter Partner für die kommunalen Integrationszentren zur Verfügung.

Marie-Luise Tigges vom Diözesan-Caritasverband Paderborn lobt das Teilhabe- und Integrationsgesetz ebenfalls: „Die Ziele und Grundsätze des Gesetzes sind ebenso zu unterstreichen wie die aufgeführten Punkte zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung und die Förderung von Migranten-Selbstorganisationen.“ Die Caritas hätte sich allerdings gewünscht, dass Flüchtlinge nicht nur indirekt genannt werden. Viele von ihnen bleiben dauerhaft, so dass ihnen mehr Teilhabemöglichkeiten zugestanden werden sollten.

Zu bedauern sei, dass im Gesetz nicht an „jeden“ appelliert werde, nach seinen Möglichkeiten zur Verwirklichung der Integrationsziele und zur Anwendung der Integrationsgrundsätze beizutragen. ◀

# Neue Richtlinie zügig umsetzen

## Mutter-Kind-Kuren: Begutachtungspraxis der Kassen muss sich ändern

**Der Olsberger Landtagsabgeordnete Hubert Kleff (CDU) hat sich jetzt in der Mutter-Kind-Klinik St. Ursula in Winterberg über die aktuelle Situation im Bereich der Mutter-Kind-Kuren informiert. Hintergrund des Besuches war ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofes, der bundesweit Mängel in der Bewilligungspraxis der Krankenkassen aufgedeckt hatte. Die Kritik des Rechnungshofes zielt auf das Fehlen objektiver Begutachtungskriterien, nach denen Mutter-Kind-Kuren bewilligt werden.**

„Eine derartige Bewilligungspraxis verhindert für viele Frauen den Zugang zu einer dringend benötigten Mutter-Kind-Kur“, kritisiert Klaus Tintelott, Geschäftsführer der Winterberger Einrichtung. Inzwischen sind neue Begutachtungsrichtlinien erschienen, die das Antragsverfahren erleichtern und Ablehnungen erschweren sollen. Hubert Kleff hofft, dass kurbedürftige Mütter mit ihren Kindern jetzt von der neuen Regelung profitieren werden und somit auch der Mutter-Kind-Kur-Standort Winterberg abgesichert ist. „Jetzt muss nur noch die Richtlinie zügig umgesetzt werden“, bekräftigte der Landtagsabgeordnete.

Kleff sagte zu, mit Kleinen Anfragen im Düsseldorfer Landtag die Position der Landesregierung zu Mutter-Kind-Kuren

*Der Olsberger CDU-Landtagsabgeordnete Hubert Kleff (Mitte) informierte sich jetzt in der Winterberger Mutter-Kind-Kurklinik St. Ursula über Folgen der in die Kritik geratenen Bewilligungspraxis der Krankenkassen bei Mutter-Kind-Kuren. Gesprächspartner waren Geschäftsführer Klaus Tintelott und der Vorsitzende des Trägervereins Caritas Kur- und Erholungsheime im Erzbistum Paderborn, Michael Brüggemolte. (Foto: cpd)*



zu hinterfragen. „Wenn Mütter unter psychosomatischen Beschwerden leiden, muss eine solche Kur ermöglicht werden. Es muss alles versucht werden, dauerhafte Schäden zu vermeiden“, betonte er. Beeindruckt ist der Politiker von dem breit gefächerten Angebot für Mütter und Kinder in der Klinik St. Ursula. „Hier sind die Familien wirklich gut aufgehoben“, so Hubert Kleff. „Die Behandlungsangebote überzeugen.“ ◀